



BERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

„Europäische und globale Ordnungspolitik nach der Finanzmarktkrise“

Internationale Fachkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel
am 8./9. Februar 2011

Auftakt im Cercle Royal Gaulois am 8. Februar 17h30

Zum Auftakt der internationalen Fachkonferenz „Europäische und globale Ordnungspolitik nach der Finanzmarktkrise“ am 8. Februar im Cercle Royal Gaulois betonten die Vortragenden die Notwendigkeit verstärkter wirtschaftspolitischer Koordination in der EU. Der lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis bemerkte in seinem Impulsvortrag „Für eine internationale wertegeleitete Wirtschaftsordnung – Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“, dass gemeinsame ordnungspolitische Werte die Basis für wirtschaftspolitisches Handeln sein müssten.

Einleitend betonte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Parlamentspräsident a.D. **Dr. Hans-Gert Pöttering**, es gehe beim Thema „Europäische und globale Ordnungspolitik nach der Finanzmarktkrise“ um die Frage der Stabilität des europäischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells und um fairen Wettbewerb in einem freien Markt, dessen Teilnehmer Verantwortung für ihr Handeln übernehmen, um letztlich eine soziale und gerechte Gesellschaft zu gestalten. Die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise habe tiefe Spuren hinterlassen, das Vertrauen in die Märkte stehe nach wie vor auf wackligen Beinen. Daher sei das feste Bekenntnis der Euroländer zu Ihrer Währung von entscheidender Bedeutung. Eigentlich sei es aber eine Selbstverständlichkeit, dass man in der EU nicht an den eigenen Grundfesten rütteln solle. Dr. Pöttering bezeichnete die Verschuldung als die größte Gefahr für das Wachstum. Es gebe mithin keine Eurokrise, sondern eine Schuldenkrise. Notwendig seien nun ein Kurs strenger Haushaltskonsolidierung einerseits und das Setzen wichtiger Wachstumsimpulse an den richtigen Stellen andererseits.

Mit dem Vertrag von Lissabon sei es gelungen in Artikel 3 ein gemeinsames Ordnungsmodell für wirtschaftliche Entwicklung zu verankern. Dieses Modell habe sich bewährt; ein Beispiel dafür sei die Sozialpartnerschaft. Zu ihrem Gelingen seien starke Gewerkschaften und starke Unternehmer vonnöten, die verantwortlich handelten. In Deutschland habe dies im Rahmen der Krise zur Rettung von Hunderttausenden Arbeitsplätzen geführt. Abschließend nahm Dr. Pöttering Stellung zu den notwendigen Schritten auf europäischer Ebene: Der erste Schritt sei mit der Verankerung des Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft im Vertrag getan; nun gehe es an die inhaltliche Ausgestaltung. Die gemeinsame Währung zwingt zu gemeinsamer Verantwortung. Die Verschärfung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sei ein wichtiges Signal. Haushaltskonsolidierung und

Schuldenabbau, nachhaltige Sozialsysteme und fairer Wettbewerbe seinen unerlässlich für ein funktionierendes Wirtschaftssystem.

Der Ministerpräsident Lettlands, **Valdis Dombrovskis** betonte, dass nach der Krise häufig die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Europäischen Gesellschaftsmodelle gestellt werde. Die EU-Mitgliedstaaten hätten erkannt, dass Fortschritte durch gemeinsame Politikgestaltung erzielt werden könnten. So sei die Eu 2020-Strategie ein regelmäßiges Thema bei den Treffen der Europäischen Staats- und Regierungschefs.

Daraufhin ging Dombrovskis auf die Erfahrungen seines Landes in der Wirtschaftskrise ein: Lettland sei eines der ersten Länder gewesen, die mit umfassenden Einsparungen auf die Krise reagiert hätten. Die Krise selbst habe ihren Ursprung in langfristigen makroökonomischen Ungleichgewichten gehabt. In dieser Hinsicht befürwortete Dombrovskis die Einführung des europäischen Semesters. Zudem lobte er, dass die europäische Solidarität, entscheidend dabei geholfen habe, das Hilfspaket für Lettland zu schnüren. Damit sei den im Land selbst unternommenen Reformen Glaubwürdigkeit verliehen und somit an der Stabilisierung des Landes nachhaltig mitgewirkt worden. Um ein nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten, werde sein Land nun aber strukturelle Reformen unternehmen müssen. Als Ziele für die kommenden Jahre identifizierte Dombrovskis die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit lettischer Unternehmen, die zielgerechtere Verteilung sozialer Hilfen und die Reform der öffentlichen Verwaltung. Bis 2014 strebe Lettland zudem den Beitritt zur Eurozone an.

Die Krise habe gezeigt, dass europäische Solidarität tatsächlich existiere und es nun Zeit für den Beginn stärkerer wirtschaftspolitischer Koordination sei. Zudem habe sich erwiesen, dass einer Krise nicht nur finanzielle begegnet werden müsse, sondern vielmehr eine gemeinsame Konzeption, gemeinsame Werte als Grundlage wirtschaftspolitischen Handelns notwendig seien.

Die stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Corien Wortmann-Kool** unterstrich die Bedeutung der Stärkung wirtschaftspolitischer Koordination für die EVP. Das Gesellschaftsmodell müsse nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch nachhaltig sein. Nun müsse man auf europäischer Ebene die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Krise dauerhaft gebannt werden könne. Ein solches Mittel sei ein permanenter Krisenresolutionsmechanismus ebenso wie die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Aus der Krise habe man gelernt, dass nun auch die bessere Koordination der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken notwendig sei. Eine solche Diskussion sei vor zwei Jahren kaum denkbar gewesen. Wortmann-Kool betonte die zentrale Bedeutung von Europa 2020 bei der Diskussion um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Mit Verweis auf die im Rahmen des Europäischen Rats vom 4. Februar von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

FEBRUAR 2011

www.eukas.eu

Präsidenten Sarkozy vorgestellten sechs Vorschläge zum Wettbewerbspakt, mahnte Wortmann-Kool, dass man die Gemeinschaftsmethode beibehalten müsse und dass das enorme Potential der EU 2020-Strategie nicht übersehen werden sollte. Dort werde bereits ausführlich dargelegt, wie Wettbewerbsfähigkeit und Innovation gestärkt werden könnten. In den kommenden Monaten stehe das EP vor wichtigen Herausforderungen: Priorität der EVP sei zum einen die Stärkung der Gemeinschaftsmethode und der Rolle der Kommission in der governance, nicht nur bei der Frage der Sanktionen. Zudem wolle das EP eine stärkere Beteiligung auch nationaler Parlamente an der Diskussion, damit die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vorgesehenen Maßnahmen auch von der nationalen Ebene voll mitgetragen würden.

Der Kabinettschef des Europäischen Kommissionspräsidenten **Johannes Laitenberger** betonte, dass die Krise zwar nicht in Europa begonnen, gleichwohl aber die Schwächen der ordnungspolitischen Architektur offengelegt habe. Entsprechend sei es wichtig gewesen, dass die Antwort auf die Krise von Beginn an über kurzfristige Maßnahmen hinausgegangen sei und den Interdependenzen der Volkswirtschaften und der globalen Dimension der Krise Rechnung getragen habe. Bisher habe es bereits einige Erfolge gegeben, wie etwa die Schaffung der Europäischen Finanzaufsicht; dies sei eine systemische Verbesserung. Die verschiedenen Maßnahmen seien Teile eines großen Ganzen: Europa 2020 als wirtschaftspolitische Leitorientierung, das europäische Semester, der europäische Wachstumsbericht geben ein System an Vorschlägen vor, um dauerhaft voranzukommen. Auch die Gemeinschaftsmethode sei Teil dieses ordnungspolitischen Ansatzes: Je stärker die Institutionen seien, desto weniger müsse später nachjustiert werden. Die Erfahrung der Krise hätten über Jahre bestehende Blockaden in verschiedenen Politikbereichen aufgebrochen. In den kommenden Wochen müsse nun eine enge Konsultation zwischen dem Europäischen Ratspräsident und der Kommission erfolgen, um bis zum Märzgipfel zu identifizieren, welche Aspekte der wirtschaftspolitischen Koordination besonders intensiv vorangetrieben werden müssten.

Im Rahmen der Diskussion wurde die Frage des Spannungsverhältnisses zwischen Subsidiarität und Gemeinschaftsmethode etwa bei den sechs Vorschlägen zum Wettbewerbspakt erörtert. Die Panelisten unterstrichen, dass hier kein Widerspruch bestehe. So sei es beispielsweise sinnvoll, dass nationale Kompetenzen in einem europäischen Bezugsrahmen ausgeübt werden, wie etwa die Überwachung der nationalen Haushalte: Die Budgets würden nach wie vor in den nationalen Hauptstädten aufgestellt, es erfolge aber eine enge Abstimmung auf europäischer Ebene.

Ministerpräsident Dombrovskis forderte, dass im Falle von Überschreitung der Defizitgrenzen, auch die folgenden Empfehlungen durch die Kommission konkret und regelbasiert seien und nicht lediglich die Sanktionen. Alle Diskussionsteilnehmer sprachen sich für möglichst automatisierte Sanktionen aus, Dombrovskis nannte dies als Garantie, dass die Anwendung der Sanktionen nicht vom Verhandlungsgewicht bestimmter Mitgliedstaaten gegenüber der Europäischen Kommission abhänge.

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

FEBRUAR 2011

www.eukas.eu

Unterstrichen wurde auch, dass nun auch die entscheidende Schritte hin zur Vollendung des EU-Binnenmarktes kommen müssten; das politische Klima dafür sei derzeit günstig, die Kommission sei zudem entschlossen, das Thema auf die Agenda zu bringen.

Hinsichtlich der Frage, ob nicht der Prozess der Umsetzung des Lissabon-Vertrags bremsend wirken könnte, äußerten sich die Panelteilnehmer optimistisch: Bisher hätten die neuen Strukturen, wie 2010 gezeigt habe, ihre Leistungsfähigkeit nachgewiesen. Man dürfe den Vertrag zudem nicht als Nullsummenspiel begreifen: Wenn es gelinge, Diskussionen und Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten, würden alle Akteure gewinnen.

Olaf Wientzek